

Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.
 Telephone:
 Redaktion 880
 Administration 900
 Inseraten-Aufnahme 900
 Stadt-Expedition u. Kleiner Anzeiger 9191
 Filiale II 40288
 X 58244
 XIV 83128
 XVI 84148
 XVII 17176
 Telegramm-Adresse:
 Arbeiter-Zeitung Wien.
 Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 19210.

Inserate übernehmen:
 God & Herzfeld, E. Braun, M. Dufek,
 Gaalenstein & Bogler, R. Wölfe,
 J. Rafael, S. Scholer in Wien sowie
 alle Inseraten-Büros des In- und
 Auslandes.

Arbeiter = Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 80 Heller,
 monatlich 3.40, vierteljährlich 10.20
 zum Abholen in den Filialen in allen
 Laab-Plätzen und Bezugsstellen:
 monatlich 3.40.

Preise und Ungarn:
 Monatlich 3.20, vierteljährlich 11.40
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich 10.20
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehörenden Länder: Vierteljährlich 20.20.
 Abonnementen werden angenommen
 in der Administration, V. Redakteur
 Wienzeile 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
 II. Bognerstraße 30, Tel. 4228
 X. Weinböckplatz 5, Tel. 62944
 XIV. Blümlingplatz 6, Tel. 33128
 XVI. Raubergasse 34, Tel. 34148
 XVII. Sacknergasse 23, Tel. 17176
 XXI. Angereustraße 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Geschäftsleute bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 20.

Wien, Dienstag, 22. Jänner 1918.

XXX. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Eure berufenen Vertreter, die von euch gewählten Vertrauenspersonen, haben nach langer und eingehender Beratung in der in der Nacht vom 19. auf den 20. d. abgehaltenen Versammlung beschlossen, euch den Rat zu erteilen, die von der Regierung euren Vertretern gemachten Erklärungen vorläufig als genug befriedigend zu erachten, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Wir sehen uns veranlaßt, euch das gleiche zu empfehlen.

Die Stärke der österreichischen Gewerkschaftsbewegung war es von jeher, in voller Einschätzung der Kraft der Arbeiterklasse auch deren Grenzen nie aus dem Bereich ihrer Erwägungen auszuschalten. Nach allen Darlegungen und nach der Ermägung aller Umstände sind wir zu der Erkenntnis gelangt, daß in der gegenwärtigen so überaus machtvollen und imposanten Aktion diese Grenzen erreicht sind. Schon aus diesem Grunde allein halten wir uns mit gutem Gewissen für berechtigt, euch diesen Rat zu erteilen.

Doch noch ein anderer Grund veranlaßt uns hiezu. Die stärkste Quelle unserer Kraft und unserer Erfolge war von jeher die **Geschlossenheit unseres Vorgehens**. Getrennt sind wir nichts, Einigkeit ist alles! Diese Parole war immer die Grundlage unserer Aktionen; ihr haben wir alle unsere Fortschritte zu danken und auch jenen großen Erfolg, den wir mit

den Erklärungen der Regierung in unserer gegenwärtigen Bewegung erreichten. Diese Geschlossenheit ist nur zu erzielen, wenn ihr unserem Räte folgt; sie ist jedoch aufs ärgste gefährdet, wenn sich ein Teil von euch, sicherlich in der besten Absicht, unserer großen Sache zu dienen, ihm widerseht und auf der weiteren Arbeitseinstellung beharrt.

Schließlich dürft ihr auch nicht vergessen, daß wir noch nicht am Ende aller Kämpfe angelangt sind und daß es deshalb notwendig ist, so wie wir es noch bei allen unseren Kämpfen gehalten haben, auch diesmal alle unsere Kraft nicht auf einmal auszugeben, sondern sie zu sichern für die Kämpfe, die voraussichtlich noch unser harren.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Stets haben wir euch zum Besten geraten und immer noch habt ihr anerkannt, daß eure Zukunft, euer Heil am besten bewahrt war, wenn ihr unserem Ratsschlag Folge geleistet habt. Durch das Vertrauen, das ihr uns seit Jahren entgegengebracht, habt ihr dies bezeugt. In dieser so überaus ernsten und für alle Zukunft verantwortungsvollsten Stunde appellieren wir an euch, so wie bisher immer auch diesmal auf unser Wort zu hören. Ihr werdet damit der großen Sache, der ihr dient, den besten Dienst geleistet haben.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs.

Die Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände Oesterreichs.

Genossen und Genossinnen!

Arbeiter und Arbeiterinnen einzelner Betriebe haben die Absicht geäußert, heute Dienstag auf die Ringstraße zu ziehen, um vor dem Parlament zu „demonstrieren“. Wir halten einen solchen Versuch nicht für zweckmäßig. Was könnte selbst ein großer Straßenaufzug bedeuten gegenüber der Miesendemonstration des durchgeführten Massenanstandes? Ein solcher Straßenaufzug wäre nichts als eine neue Maßregel für die Hege der Scharfmacherpresse und der bürgerlichen Abgeordneten gegen den „Terrorismus“ der Arbeiter.

Der Parteivorstand erwartet also, daß dort, wo eine solche Absicht besteht, von der „Demonstration“ abgesehen werde und daß diese ungewürdigte Aktion unterlassen wird.

Der Parteivorstand.

Bericht des Parteivorstandes über den Ausstand.

Der Parteivorstand hat beschlossen, dem niederösterreichischen Landesparteitag, der am 1. Februar zusammentritt, vorzuschlagen, den Bericht über den allgemeinen Ausstand als ersten Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu stellen. Der Parteivorstand wird in diesem Falle dem Landesparteitag einen Bericht über den ganzen Verlauf des großen Ausstandes vorlegen.

Die Streikenden, die im militärischen Verhältnis stehen.

Wien, 21. Jänner. Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund einer am Samstag hinausgegebenen Anordnung des Kriegsministeriums hatten die Kommandanten und militärischen Leiter der im Ausstand befindlichen Betriebe zu verlautbaren, daß für den Fall der Wiederannahme der Arbeit am heutigen Tage gegen die streikenden Arbeiter militärisch nicht eingeschritten werden wird. Diese Verfügung, die aus der Ermägung erfolgte, daß für das Vorgehen der Arbeiterschaft das Solidaritätsgefühl sowie äußere Einflüsse mitbestimmend gewesen sind, ist dahin zu verstehen, daß aus dem bisherigen Streik für die Arbeiter militärischerseits keinerlei Konsequenzen erwachsen sollen, falls sie die Arbeit ehestens freiwillig wieder aufnehmen.

Friede, Freiheit und Recht!

In machtvoller Entschiedenheit hat das Proletariat der Kernländer Oesterreichs seinen Willen kundgetan. Aus ureigenstem Entschluß hat es zu dem Mittel des Ausstandes gegriffen, um seinem Leiden wie seinem Denken Ausdruck zu geben. Mit jähem Aud hat es das stillstehende Rad der äußeren und inneren Politik vorwärts gestoßen. Sein Eingreifen hat einen bedeutenden Erfolg erzielt.

Der Anlaß der Kürzung des Mehlbezuges hat die lange zurückgehaltene Latkraft der Arbeiterschaft losgebunden: Es zeugt von dem hohen idealistischen Schwunge der Arbeiterklasse, daß dieser äußere Anstoß sofort zurückgetreten ist. Dem Frieden galt der erste Kampf und ihm hat die Bewegung einen entscheidenden Dienst getan. In dem Gewirr der Einzelverhandlungen, in dem Gestrüpp des Grenzschachers drohten die Verhandlungen zu Brest-Litovsk zu stocken. Da hat die Frage unserer Arbeiterschaft eine Antwort des österreichischen Ministers veranlaßt, die klar und bindend sagt, was erstrebt wird, eine Antwort, die Czernin nicht nur nach innen, nicht bloß gegen den Heimatstaat, sondern auch gegen Ausland und gegen das feindliche Ausland, gegen die Welt verpflichtet: Sie bekundet in unzweideutigen Worten den Willen zum allgemeinen Frieden, zur Abrüstung, zur Unterwerfung unter internationale Schiedsgerichte; sie bekundet insbesondere gegen Ausland die Bereitschaft, selbstlos, ohne Eroberung und Entschädigung zum Frieden zu gelangen; sie schafft vor allem Klarheit über die Absicht, Polen seine Selbstbestimmung zu sichern und dessen Eigenstaatlichkeit durch eine konstituierende Versammlung, durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage aufzurichten zu lassen; sie bezeugt, daß die Verhandlungen mit der ukrainischen Republik einen baldigen

Abschluß erhoffen lassen. Sie setzt hinter diese Erklärung die Bürgschaft des Grafen Czernin mit seiner ganzen politischen Persönlichkeit.

Diese Kundgebung unterliegt selbstverständlich der Kritik. Aber man messe sie billigerweise mit all den Erklärungen, die von den Staatsmännern irgend eines kriegsführenden Staates bis zur Stunde abgegeben worden sind — man wird keine anführen, die sich so sehr aller diplomatischen Vorbehalte entkleidet und in den Punkten, auf die es zur Stunde ankommt, so freimütig und entschlossen ist. Unbestreitbar verpflichtet sie Oesterreich-Ungarn vor der Welt, unbestreitbar läßt sie ein Zurückgehen nicht zu, unbestreitbar erleichtert sie dem anderen Vertragsteil das Entgegenkommen. Das wird sich zeigen, sobald Trojky, der durch den Kampf um die innere Freiheit des Landes nach Petersburg abberufen ist, nach Brest zurückgekehrt sein wird.

Um den Frieden ging der Kampf der Arbeiterschaft und dem Frieden ist ein bedeutender Dienst geschehen.

Aber es war auch ein Kampf um die Freiheit! Eine kurzfristige, gewaltliebende, bedenken- und dankenlose Gesetzgebung hat — zu ihrer Schmach muß erinnert werden, daß die Parlamente von Wien und Budapest so beschlossen — den Arbeiter für den Fall des Krieges in dem bekannten Kriegsdienstgesetz der militärischen Kommandogewalt unterstellt. Ein geltendes Gesetz ist es, das dieses Werk vollbringt. Außerdem aber hat die Unternehmerschaft nicht gerastet, bis über eine große Zahl von Betrieben die Militarisierung verhängt war. Die Arbeiterschaft geriet so unter ein Ausnahmeverhältnis, das ihre menschliche wie ihre staatsbürgerliche Würde tief verletzen muß. Vergebens war seinerzeit der Einspruch der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das Kriegsdienstgesetz, vergebens ihr warnender Protest gegen die Militarisierung geblieben. Nun ist dieses Mährchen der Autorität,

dieses alleräußerste Schutzmittel kapitalistischer Ausbeutung, dieser Fetisch der Gewalt von der höchsten Militärbehörde selbst als unnötig und als nicht zweckdienlich erklärt und preisgegeben worden. Aus der Welt kann ein Gesetz leider nur durch ein Gesetz geschafft werden und also muß diese Maßregel durch das Parlament beschlossen werden — der Arbeiter will keine S14-Verordnung. Aber die Vorlage soll „in kürzester Frist“ dem Hause unterbreitet werden und über ihr Schicksal muß und wird das gesamte Proletariat Oesterreichs wachen. Das Arbeitsverhältnis wird so wieder — zum Verdruss der Unternehmerschaft, die seit geraumer Zeit die Fortdauer der Kriegsdienstleistung in die Uebergangswirtschaft hinein betreibt — ein einfaches ziviles Rechtsverhältnis ohne Militärbefehl und ohne militärischerseits werden. Das ist ein Stück Freiheit von allerhöchstem Werte, das ist die Rückgabe der Menschen- und Bürgerfreiheit des Arbeiters!

In allen Ländern der Welt hat die beschloßene Klasse in der Kriegszeit ihre politischen Rechte erweitert. In diesem Lande jedoch, mit seinem unaufhörlichen nationalen Gader, mit seiner sozial einsichts- und gewissenlosen Bourgeoisie, mit seiner kleinbürgerlichen und agrarischen Mehrheit hatte man bis zum Jänner dieses Jahres, bis tief ins vierte Kriegsjahr, den Arbeiter politisch überhaupt noch nicht entdeckt. Da seine Vertretung in dem längst überlebten Parlament zur Minderheit verurteilt ist, waren ihre Bemühungen auf dem parlamentarischen Boden vergebens. Nun hat sich der Arbeiter selbst ins öffentliche Bewußtsein gebracht, sich selbst auf die Tagesordnung gestellt und zu der so oft wirkungslosen Demokratie des Parlamentswahlrechts die Demokratie in der Gemeinde, die Mitbestimmung in der Verwaltung gefordert. Was bisher alle Regierungen ohne Ausnahme versagt haben, das ist nun als leitender Grundsatz der Verfassungspolitik erklärt. Künftighin